



DIE MONDIALISTEN

Weltbürger für die Einheit der Menschheit



Dokumente zur Geschichte der Weltbürger-Bewegung

Weltregierung Für und wider eine Idee

Nach einem Manuskript aus dem Jahr 1949
Von Dr. Lothar Mann

Erschienen in der Zeitschrift „PanGaia – Beiträge für ein neues Weltbürger-Bewusstsein“ Heft 1,
August 1995 – ISSN 1432-3249

Überarbeitet von Albero Becker

Kriegsverhütung durch Föderation

Alle Völker dieser Erde sehnen sich nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, aber der Welt fehlt die politische Ordnung, welche die Voraussetzung für die Erfüllung dieses Wunschtraums ist. Anstelle der Ordnung und des Rechts herrschen in der Welt Chaos, Willkür, Ungerechtigkeit und eine Anarchie „souveräner“ Staaten. Die Souveränität eines Staates bedeutete früher Unabhängigkeit von allen äußeren Gewalten, die ihn befähigte, nach innen seine Aufgaben zu erfüllen. Durch die Entwicklung der Technik, des Verkehrs und des Welthandels aber ist heute kein Staat mehr in vollem Maße unabhängig von den Entschlüssen der Regierungen anderer Länder. Seine Souveränität bedeutet darum nur noch, dass seine Regierung keinem übernationalen Gesetz unterworfen ist, also etwas völlig negatives. Solange die gegenwärtige Anarchie in der Welt anhält, besteht ständig die Gefahr neuer Kriege. Seit 1945 ist kein Tag vergangen, an dem nicht irgendwo in der Welt die Waffen gesprochen hätten, und jederzeit besteht die Möglichkeit, dass sich die einzelnen kleineren Brände zu einem neuen Weltkrieg zusammenziehen. Die Atombombe steht als Drohung des Untergangs über der friedlosen Menschheit, und andere, ebenso schreckliche neue Kampfmittel kommen hinzu.

Das wirksamste System, das die Geschichte zeigt, um die Anarchie durch eine Ordnung zu ersetzen, unter der die Nationen friedlich zusammen leben können, ist der Bundesstaat. Nur die Errichtung eines Weltbundesstaates mit einer Weltregierung, welche die nötigen Vollmachten besitzt, vermag uns einen dauerhaften Frieden zu geben. In einem Weltbundesstaat hätten Nationalstaaten ihren Platz, ohne dass der Nationalismus seine zerstörende Wirkung entfalten kann. Im Weltbundesstaat würden die Beziehungen zwischen den Staaten und ihren Bürgern nicht durch Verträge der Staaten untereinander geregelt, sondern durch Gesetzgebung des dafür nach einer Weltverfassung zuständigen Weltparlaments.

Der Hauptgrund, der für eine Weltföderation spricht, ist die Kriegsverhütung. Alle bisherigen diesbezüglichen Versuche durch völkerrechtliche Verträge, durch Völkerbund, UNO oder durch wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit sind fehlgeschlagen. Der Gedanke der Kooperation ist so alt wie die Geschichte. Da diese Kriegsverhütung aber bisher fast immer misslungen ist, müssen neue Wege gesucht werden. Durch einen Weltbundesstaat mit Weltgesetzgebung und Weltexekutive Kriege zu verhüten, ist ein neuer Weg, der Erfolg verspricht. Innerhalb des Weltbundesstaates würden die Nationalstaaten noch viel Gelegenheit zu

Kooperation haben. Durch die Sicherheit, die ihnen die Weltregierung garantiert, wäre wirkliche Zusammenarbeit erst möglich. Dies sind die Gründe, die zur Entstehung der „Weltbewegung für föderative Weltregierung“ geführt haben.

Weltregierungsbewegung in den USA

Einer der erfolgreichsten Förderer der Weltregierungsbewegung in den USA ist der amerikanische Schriftsteller und Politiker **Clarence K. Streit**, der früher als ständiger Vertreter der New York Times beim Völkerbund in Genf tätig war und aus dessen Scheitern gelernt hat, dass nur noch von einer Weltregierung Rettung kommen kann.

Justin Owen Roberts, ein führender amerikanischer Jurist, der früher Mitglied des Obersten Amerikanischen Gerichtshofes war, wurde sein Bundesgenosse, der mit ihm für die Errichtung einer Weltregierung auf dem Weg über eine westlich-demokratische Weltunion eintrat. Beide betonten immer die Unerlässlichkeit einer ideellen Fundierung.

1937 wurde in Chicago die „**Campaign for World Government**“ gegründet. 1945 schrieb **Emery Reves**, Präsident eines großen Pressebüros in New York, sein Buch „Die Anatomie des Friedens“. Das Buch hat Interesse auf der ganzen Welt gefunden. Es ist in einer Anzahl amerikanischer Universitäten und höheren Schulen als Lehrbuch angenommen worden. Innerhalb von knapp zwei Jahren wurde es in zwanzig Sprachen übersetzt, in dreißig getrennten Buchausgaben in 24 Staaten veröffentlicht. Reves geht von der Verkehrtheit der gegenwärtigen Geschichtsauffassung in allen Ländern aus, welche die Weltereignisse immer nur vom Standpunkt der eigenen Nation betrachten, statt einen objektiven Standpunkt zu suchen, der nur der Standpunkt der Gesamtheit der menschlichen Art sein kann. Er bringt in leicht verständlicher Form alle schon erwähnten Argumente für eine Weltregierung und legt besonderen Nachdruck auf die Gefahr, dass eines Tages mehrere Staaten Atombomben besitzen können. Der einzige Ausweg sei Abschaffung des Krieges und Sicherheit durch alle Staaten der Welt umfassende Rechtsordnung.

Schon 1947 wurden in den USA an jedem College, in jeder Zeitschrift und Zeitung Weltregierung und Änderung der UNO-Satzung diskutiert. Die stärkste Gruppe waren dort die „Americans United for World Government“, die nächst größten die „United World Federalists“, die „Federal Union“ und die Organisation „World Republic“. Die „United World Federalists“ sind das Ergebnis einer Verschmelzung von fünf Weltregierungs-Organisationen auf dem **Ashville-Kongress** im Februar 1947. Auf diesem Kongress waren über 500 Delegierte von 16 amerikanischen Organisationen zusammengekommen. Es traten dort gemäßigte und radikale Weltregierungsanhänger in Erscheinung. Die gemäßigte Richtung erstrebte eine Art „Minimum-Weltregierung“ durch Reform der UNO, der nur geringe Vollmachten zu übertragen wären. Die anderen wünschten eine starke, föderalistisch aufgebaute Weltregierung mit Vollmachten für Eingriffe in Wirtschaft und Währungswesen, zu errichten durch direkte Aktion mittels Mobilisierung der Parlamente und der öffentlichen Meinung. Auf der 2. Generalversammlung der „**United World Federalists**“ vom 12. bis 14. November 1948 waren 637 Ortsgruppen und 24 Landesgruppen vertreten. Es waren Beobachter von 31 interessierten Organisationen und Vertreter von 40 Hochschulen und Universitäten anwesend.

In den USA erscheinen sechs Zeitschriften, die sich ausschließlich dem Weltregierungsgedanken widmen: „World Government News“, „Student Federalists“, „Planet“, „Common Cause“, „Freedom and Union“, „World Federation Now“. Bei einer Rundfrage des Gallup-Institutes im Jahr 1947 bejahten 56% der Befragten die Einrichtung einer Weltregierung, 30% lehnten sie ab, der Rest war unentschieden.

An der Universität von Chicago hat unter der Präsidentschaft des Kanzlers **Robert M. Hutchins** ein Komitee aus dreizehn Gelehrten von internationalem Ruf, das im November 1945 gegründet wurde, einen vorläufigen Entwurf einer Weltverfassung veröffentlicht. Dem ging eine zweijährige mühevoll Arbeit voraus, bei der 150 Dokumente und wissenschaftliche Abhandlungen unter den

Verfassungsbearbeitern gewechselt wurden. Vierzehn mehrtägige Vollsitzungen führten das Komitee zu gemeinschaftlichen Beratungen zusammen. Ein Sekretariat mit einem hauptamtlichen Stab von dreizehn Hilfskräften erledigte die redaktionellen Arbeiten.

Der Entwurf beginnt mit einer „Erklärung der Rechte und Pflichten“. Es folgen Vorschläge für die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesregierung und den Mitgliedsstaaten. Zu den Gebieten, die der Bundesregierung vorbehalten sind gehören:

- die Überwachung der Einhaltung der Verfassung, insbesondere der „Erklärung der Rechte und Pflichten“;
- die Beilegung von Konflikten;
- die Entscheidung bei Grenzstreitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten;
- die Verwaltung von Ländern, die noch nicht die Möglichkeit zur Selbstverwaltung besitzen;
- die Organisation von Bundesstreitkräften und die Kontrolle über alle Waffen;
- die Erhebung von Bundessteuern;
- die Regelung von Handel und Verkehr im Interesse des Bundes;
- die Regelung der Ein- und Auswanderung und die Ausgabe von Bundespässen.

Alle Rechte, die nicht ausdrücklich der Bundesregierung vorbehalten sind, verbleiben den Mitgliedsstaaten.

Als verfassungsmäßige Organe der Weltregierung sind vorgesehen:

- die Bundesversammlung,
- der Präsident,
- der Bundesrat und die Sonderbehörden,
- das Hohe Gericht, der oberste Gerichtshof und der Volkstribun,
- der Rat der Hüter.

Je eine Million Einwohner wählen einen Vertreter für die Bundesversammlung. Diese gliedert sich in neun regionale Wahlkollegien, womit anerkannt ist, dass die etwa 70 Staaten der Erde nicht ohne regionale Zusammenfassung in einer einheitlichen staatsrechtlichen Organisation vereint werden können. Die vorgesehenen neun regionalen Organisationen sind Europa, Atlantis, Eurasien, Afrasien, Afrika südlich der Sahara, Indien, Groß-Asien, Australien und Kolumbien (die westliche Hemisphäre südlich der USA). Eine genaue Abgrenzung der den einzelnen Wahlkollegien vorbehaltenen Gebiete wird der Zukunft überlassen. Die Bundesversammlung wählt den Präsidenten, den Bundesrat und den Volkstribun. Das eigentliche gesetzgebende Organ ist der Bundesrat. Der Volkstribun hat die Aufgabe der Vertretung von Minderheiten und des Schutzes von Individuen und Gruppen gegen Verletzung ihrer Rechte durch die Bundesregierung. Dem Rat der Hüter unterstehen die ausschließliche Kontrolle und der Einsatz der Bundesstreitkräfte. Der Chicagoer Entwurf hat einen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Ansichten der Weltföderalisten aller Länder ausgeübt.

In Amerika sind noch besonders Professor **Albert Einstein** und das „Notkomitee der Atomwissenschaftler“ zu nennen, die in der Öffentlichkeit als prominente Verfechter des Weltregierungsgedankens hervorgetreten sind. Am 2. Dezember 1942 gelang in einem Laboratorium in Chicago die erste Freimachung von Atomenergie. Bereits am 6. August 1945 detonierte über Hiroshima die Atombombe, welche eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte einleitete. Es wurde über die Geschichte der Erforschung der Atomenergie und die Verwendung der ersten Atombomben bereits ausführlich berichtet. Hier sei nur daran erinnert, dass die Besatzungsbehörden in Japan als Opfer der einen Bombe auf Hiroshima die Zahl von 78.150 Toten und 13.983 Vermissten veröffentlicht haben. Am 9. August 1945 fiel eine weitere Atombombe, die auf Nagasaki abgeworfen wurde. Bereits am 10. August 1945 bot die japanische Regierung die Kapitulation an. Nach einem Bericht der britischen Zeitschrift „Humanity“, der im „Mitteilungsblatt der Liga für Weltregierung“ Nr. 13/14 vom Januar 1949 wiedergegeben ist, äußerte Professor **Harald Urey**, Nobelpreisträger für Atomforschung und stellvertretender Vorsitzender der amerikanischen Atomforschungsgesellschaft, man könne 100.000 Atombomben produzieren, wenn man sich wirklich entschliesse es zu tun, man könne wesentlich wirkungsvollere

Bomben herstellen, möglicherweise 1000 mal so stark, es gebe keine wirksame Verteidigung gegen sie, man könne ihr Geheimnis nicht auf die Dauer hüten und es gebe nach Ansicht der Mehrheit der Wissenschaftler nur ein Mittel, das helfen würde dies alles in den Griff zu bekommen, nämlich die Einrichtung einer Weltregierung.

Die Gegner des Gedankens einer Weltregierung werfen den Weltföderalisten gewöhnlich Mangel an Realismus und eine Leben in einem utopischen Wolkenkuckucksheim vor. Wenn aber die besten Physiker der Welt erklären, die gegenwärtige Lage in der Entwicklung der Waffentechnik stelle eine akute Gefahr für die bloße Existenz der Menschheit dar, wenn nicht eine Weltregierung an Stelle der internationalen Anarchie ein wirksames Weltrecht setzt, dann kann man sich wohl fragen, auf welcher Seite der stärkere Realismus steht: bei denen, die vor der Gefahr ängstlich die Augen schließen oder bei denen, die die Gefahr erkannt haben und mutig die rettende Lösung suchen. Es ist nur noch eine kurz Frist, die der Menschheit bleibt, denn gekämpft wird täglich, und es besteht die akute Gefahr, dass es zu spät sein könnte. Wer sich zur Frage der Weltregierung äußert, ohne sich ständig der Zeitnot bewusst zu sein, in der sich die Menschheit jetzt befindet, geht mit seiner Argumentation von vornherein fehl.

Außer den Atomwissenschaftlern sind von prominenten Amerikanern, die sich für Weltregierung einsetzen, noch **Thomas Mann** zu nennen, ebenso wie sein Schwiegersohn Professor **Giuseppe Antonio Borgese**, der an dem Chicagoer Entwurf maßgeblich mitgearbeitet hat. Thomas Manns Tochter **Erika Mann Borgese** gehörte dem Exekutivrat der Weltbewegung für föderative Weltregierung an.

Die Weltföderalisten in England

1938 entstand in London die „**Federal Union**“, die sich bald großen Ansehens erfreute. In allen Erdteilen und insbesondere in allen europäischen Ländern bildeten sich Zweiggruppen. Der bekannte politische Denker **Lionel Curtis** war seit 1939 ihr Hauptberater. In seinem Buch „Weltkrieg, Ursache und Verhütung“ vertritt Curtis die Ansicht, dass die wahre Ursache von Weltkriegen nicht unfähige oder verbrecherische Staatsmänner sind, sonder die internationale Anarchie, die Zerstückelung der Menschheit in eine große Zahl souveräner Staaten. Jede dieser Souveränitäten ist so eingerichtet, dass ihr Verhalten vom nationalen Interesse bestimmt wird und nicht von dem Interesse der ganzen menschlichen Gesellschaft. Eine Heilung ist nur durch organische Vereinigung der Staaten unter einer gemeinsamen Regierung möglich.

Curtis schlägt daher vor, ein oder mehrere unabhängige Staaten, und zwar in der ersten Linie die Dominions, sollten sich mit Großbritannien zu Verteidigungszwecken zusammenschließen. Diese Union sollte auf folgenden Grundlinien aufgebaut sein:

1. Gemeinsame Außenpolitik.
2. Gemeinsame Verteidigung.
3. Gemeinsamer Haushaltsplan zu Verteidigungszwecken.
4. Eine zusammengefasste gesetzgebende Körperschaft, ausschließlich für Fragen der Verteidigung, welche die internationale Lage, Kriegsgefahr und erforderliche Verteidigungsmaßnahmen zu diskutieren und den Anteil festzusetzen hätte, den jeder Einzelstaat zu gemeinsamen Verteidigung beizutragen hat.
5. Eine zusammengefasste exekutive Körperschaft ausschließlich für Verteidigungsfragen und für die Vorschläge verantwortlich, die zur Sicherheit der Union als Gesamtheit erforderlich sind. Sie soll ferner diese Vorschläge der gesetzgebenden Körperschaft vorlegen.

Ein Kabinett würde sich mit der Verteidigung befassen und Fragen, die hiervon nicht zu trennen sind, während in jedem Mitgliedstaat ein nationales Kabinett berechtigt wäre, die inneren und sozialen Angelegenheiten zu behandeln.

Das System könnte zur richtigen Zeit erweitert werden und andere Demokratien einschließen, wie Belgien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Frankreich. Wenn eine solche Union

bewiesen hätte, dass ihre Mitglieder größere Sicherheit und nationale Freiheit genießen, dann würden die USA sich anschließen. Dann würde das Zeitalter der Weltkriege nach Curtis' Ansicht endgültig vorüber sein. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte auch Deutschland mit aufgenommen werden.

Am 23. November 1945 hielt Außenminister **Ernest Bevin** vor dem britischen Unterhaus eine aufsehenerregende Rede über Weltparlament und Weltrecht. Er äußerte die Hoffnung, die Macht des Unterhauses in der größeren Macht eines unmittelbar gewählten Weltparlamentes aufgehen zu lassen. In diesem Augenblick würde der Begriff des Völkerrechts durch den des Weltrechts ersetzt werden. Das wäre ein Weltrecht mit einer Weltgerichtsbarkeit, um es auszulegen, und einer Weltpolizei, um ihm Geltung zu verschaffen.

Am 12. November 1946 hielt im Unterhaus, im Anschluss an die Thronrede, der junge Abgeordnete **Henry Osborne** eine Rede über Weltregierung. Es bildete sich ein „Parlamentarisches Weltregierungskomitee“, das einen Plan zur Einberufung einer verfassungsgebenden Weltversammlung ausarbeitete und im Jahr 1947 damit an die Öffentlichkeit trat. Dieser Plan, der zunächst „Osborne-Plan“ genannte wurde und heute unter der Bezeichnung „Völkerkonvent 1950“ von den Weltregierungsorganisationen aller Länder angenommen ist, sieht die Einberufung der konstituierenden Weltversammlung im Herbst 1950 nach Genf vor. Für je eine Million Einwohner soll von den Wahlberechtigten aller Länder ein Abgeordneter gewählt werden. Man nimmt an, dass in den Verfassungsbestimmungen vorgesehen wird, dass die gesetzgebende Körperschaft der Weltregierung ihre Tätigkeit aufnehmen wird, wenn 50% der Völker der Erde oder die Nationen, die 50% der Völker der Erde vertreten, diese Verfassung ratifiziert haben.

In England hat sich auch **Winston Churchill** für die Errichtung einer Weltregierung ausgesprochen. An Prominenten sind besonders noch **Lord Beveridge** zu nennen, der Präsident der Federal Union ist und Sir **John Boyd Orr**, vormals Leiter der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen, heute Präsident der Weltbewegung für föderative Weltregierung.

Die Weltkongresse in Montreux und Luxemburg

Auf dem internationalen Föderalistenkongress in Luxemburg im Oktober 1946 wurde die „Bewegung für föderalistische Weltregierung“ (Movement for Federal World Government), mit Sitz in Paris, gegründet. Ihr gehören Organisationen in zahlreichen Ländern an, die sich für Weltregierung einsetzen.

Der erste Weltkongress der neuen Bewegung fand in Montreux in der Zeit vom 17. bis 24. August 1947 statt. Die Zahl der Kongressteilnehmer betrug über 400, davon 150 aus den USA, 75 aus Großbritannien, 68 aus Frankreich, 40 aus Holland, 36 aus der Schweiz, 12 aus Italien, 18 aus Belgien und 2 aus Österreich. Deutschland war durch die „Liga für Weltregierung“. Die „Weltstaat-Liga“ war eingeladen worden, einen offiziellen Delegierten zu entsenden, konnte aber wegen der langen Dauer der Ausreiseformalitäten nicht davon Gebrauch machen. Die Teilnehmer kamen aus 23 Nationen. Am 22. August beschloss der Kongress die „**Deklaration von Montreux**“. Es heißt darin u.a.: „Die Wahl liegt nicht zwischen Unternehmerfreiheit und Planwirtschaft, noch zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen Föderalismus und Machtpolitik. Allein der Föderalismus kann die Menschheit vor dem Untergang retten.“

Als Grundsätze einer solchen Föderation werden genannt:

1. Die Mitgliedschaft in der föderalistischen Weltregierung muss allen Völkern und Nationen offenstehen.
2. Beschränkung der nationalen Souveränität und Übertragung der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Gewalt auf die föderalistische Weltregierung, wenn es sich um gemeinschaftliche Weltangelegenheiten handelt.
3. Anwendung und Erzwingung der Weltgesetze innerhalb der Jurisdiktion der Weltregierung

unmittelbar gegenüber jedem Einzelnen, wer auch immer es sei und wo auch immer er sich befinde. Garantie der Menschenrechte und Abwehr aller Angriffe auf die Sicherheit der Föderation.

4. Schaffung einer übernationalen Streitmacht, die imstande ist, die Sicherheit der Weltregierung und ihrer Gliedstaaten zu garantieren. Entwaffnung der Gliedstaaten bis zu dem Grade ihres Bedarfs für innerpolizeiliche Zwecke.
5. Übergang der Eigentumsrechte und der Kontrolle der Atomenergie und anderer wissenschaftlicher Erfindungen, die sich zu Großzerstörungen eignen, auf die Weltregierung.
6. Das gesetzliche Recht, ausreichende Steuern zu erheben, unmittelbar und unabhängig von den Steuern der Gliedstaaten.

Als mögliche Wege zur Verwirklichung des Zieles werden eine Umwandlung der UNO und die Durchführung des Osborne-Planes in Aussicht genommen. Regionale Föderationen werden nicht abgelehnt, soweit sie nicht Selbstzweck werden oder Gefahr laufen, sich in Blocks zu verwandeln.

Der zweite Weltkongress der „Weltbewegung für Föderative Weltregierung“ fand vom 5. bis 11. September 1948 im Luxemburg statt. Er war von insgesamt 171 offiziellen Delegierten und 89 Beobachtern aus 22 verschiedenen Nationen besucht. Außerdem waren 12 Vertreter von befreundeten Organisationen anwesend. Von den offiziellen Delegierten kamen 34 aus den Vereinigten Staaten, 29 aus England, 20 aus Holland, 19 aus Frankreich, 11 aus Italien, 10 aus Deutschland, 7 aus Belgien, 2 aus Indien sowie ein Delegierter aus China. Aus Deutschland waren diesmal sowohl die „Weltstaat-Liga“ wie die „Liga für Weltregierung“ anwesend. Der Kongress wählte den ehemaligen Leiter des UNO-Welternährungsamtes Sir **John Boyd Orr** zu Präsidenten der Weltbewegung.

Am 19. September 1948 beschloss der Kongress die „**Luxemburger Deklaration**“, eine umfassende Zusammenstellung der geistigen Grundlage der Bewegung und ihrer Möglichkeiten. Als die drei Wege, die unabhängig voneinander zur Errichtung einer Weltregierung beschrritten werden können, wurden anerkannt:

1. Die Einberufung eines Völkerkonvents im Jahre 1950 zwecks Ausarbeitung einer Weltverfassung durch unmittelbar von den Völkern gewählte Vertreter.
2. Ein aus Mitgliedern der nationalen Parlamente gebildeter Weltkonvent zur Schaffung einer Weltverfassung.
3. Umgestaltung der UNO in eine Weltregierung durch entsprechende Umwandlung der UN-Statuten.

In der Deklaration wird auch wieder betont, dass regionale Föderationen die Schaffung einer Weltbundesregierung zu beschleunigen vermögen, wenn sie auf dieses Ziel ausgerichtet sind.

Die Weltregierungsbebewegung in Deutschland

1946 entstand im Kreis von Journalisten, die sich anlässlich der Nürnberger Prozesse aus allen Zonen Deutschlands dort zusammengefunden hatten, der Plan zur Gründung einer Vereinigung mit dem Ziel, innerhalb Deutschlands für den Gedanken einer Weltregierung zu werben. Dieser Plan wurde am 8. Februar 1947 durch die Gründung der „**Weltstaat-Liga**“ in München verwirklicht. Sie erhielt am 11. August 1947 die Lizenz als politische Gruppe für den Stadt- und Landkreis München. Inzwischen hat sie überall in den Westzonen Landesverbände und örtliche Sektionen gegründet. Sie gibt in München das monatliche Mitteilungsblatt „**Der Weltstaat**“ heraus.

Im Sommer 1946 wurde in Köln unter Vorsitz von Konsul a.D. **Julius Stocky** die „**Föderalistische Union**“ als deutsche Zweiggruppe der „Federal Union“ gegründet und am 19. September 1946 von der britischen Militärregierung zugelassen. In einer Mitgliederversammlung der „Föderalistischen Union“ in Köln am 3. Juni 1947 nahm diese den Namen „**Liga für Weltregierung**“ an. Der Vorstand der Liga hat in seiner Sitzung vom 29. Juli 1947 einstimmig beschlossen, den Osborne-Plan mit allen Kräften zu fördern. Sie berief zum 6. März 1948 eine

Tagung nach Köln ein, wo zur Durchführung des Osborne-Plans der „Deutsche Zentralkomitee für Weltregierung“ gegründet wurde. Bei der zweiten Tagung dieses Ausschusses am 29. Januar 1949 in Köln waren Delegierte von 31 Organisationen, einschließlich fünf politischen Parteien, vertreten. Konsul Stocky erklärte: „Wir brauchen im Laufe dieses Jahres mindestens 20.000 Mitglieder für die geistige Leitung unserer Bewegung und etwa 500.000 aktive Helfer, um im Jahre 1950 fünfzehn Millionen Wähler an die Urnen zu bringen.“ Innenminister **Dr. Walter Menzel** (Nordrhein-Westfalen) legte einen Entwurf für eine Wahlordnung vor, die den Wahlen deutscher Vertreter in ein europäisches und ein Weltparlament zugrunde gelegt werden soll. Der Zentralkomitee beschloss die Bildung von Landesausschüssen und eines „Deutschen Rates für Weltregierung“, der sich aus namhaften Persönlichkeiten zusammensetzen soll. Die Weltstaat-Liga gehört dem Zentralkomitee nicht an. Dagegen sind sowohl die Weltstaat-Liga wie die Liga für Weltregierung Mitglieder der Weltbewegung für Föderative Weltregierung mit Sitz in Paris.

Auf Betreiben der deutschen Weltföderalisten wurde in den Artikel 30 der ersten Lesung des Bonner Grundgesetzes ein Passus aufgenommen, dass der Bund in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen wird, wenn dies eine friedliche und dauerhafte Ordnung der europäischen Verhältnisse und der Völkergemeinschaft der Welt herbeiführen und sicherstellen kann.

Im Anschluss an die Aktionen von **Garry Davis** entstanden an verschiedenen Stellen in Deutschland Gruppen, die sich mit der Registrierung von Weltbürgern befassten. Am 21. Dezember 1948 bildete sich in Bad Nauheim das „**Solidaritätskomitee der Weltbürger in Deutschland**“, zu dem sich alle bis dahin bestehenden großen Gruppen der Weltbürger in Deutschland zusammenschlossen. Die Registrierstelle für die britische Zone entstand in Hamburg, diejenige für die amerikanische und französische Zone in Bad Nauheim. In Hannover wurde die „**Hauptzentrale für Weltbürger in Deutschland**“ mit den Abteilungen Organisation, Werbung, Zentralkartei und Finanzstelle eingerichtet. Die Wochenschrift „die straße“ stellte sich in den Dienst dieser Sache und zahlreiche Tageszeitungen und Zeitschriften brachten ausführliche Berichte. Im Frühjahr 1949 begann auch die „Weltstaat-Liga“ mit der Registrierung von Weltbürgern. Mit der Registrierung als Weltbürger ist an sich weder eine Verpflichtung zum Beitritt zu einer Organisation, noch zur Zahlung einer Geldsumme verbunden, aber zahlreiche Personen äußerten anlässlich der Registrierung den Wunsch, eine diesbezügliche Mitgliedschaft einzugehen. Die Registrierung bedeutet lediglich einen symbolischen Akt zur Kundgebung der Sympathie mit dem Bestreben der Weltbewegung für eine Weltregierung.

Anlässlich eines Besuches von Lord Beveridge, des bekannten britischen Sozialreformers und Präsidenten der „Federal Union“ im Hamburg Ende März 1949 beschlossen die „Liga für Weltregierung“, die „Weltstaat-Liga“ und das „Weltbürgertum Deutschland“ eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die demnächst in Bonn zu ihrer ersten vorbereitenden Sitzung zusammenkommen soll.

Die Stellung Russlands

Es kann nicht verschwiegen werden, dass die Stellung Russlands zu den Plänen der Weltföderalisten die schwierigsten Fragen aufwirft. Bezeichnend für die Ablehnung, welche die Idee der Weltregierung bisher in offiziellen russischen Kreisen erfährt, ist folgender Auszug aus einem Vortrag des Mitglieds des Politbüros der KP der UdSSR **Andrei Alexandrowitsch Schdanow** anlässlich der Informationsberatung der KP in Warschau 1948:

„Eine der Richtungen der ideologischen 'Kampagne' als Begleiterscheinung der Pläne zur Versklavung Europas stellt der Angriff gegen den Grundsatz der nationalen Souveränität, der Appell an die Völker, auf ihre souveränen Rechte zu verzichten und die Taktik dar, die Idee der 'Weltregierung' diesen Rechten gegenüber zu stellen. Der Sinn dieser Kampagne besteht darin, die ungezügelte Expansion des amerikanischen Imperialismus zu beschönigen, der ohne viele

Umstände die souveränen Rechte der Völker verletzt, um die USA in der Rolle eines Verfechters der allgemeinmenschlichen Gesetze darzustellen, die aber, die sich dem amerikanischen Vordringen widersetzen, als Anhänger eines überlebten 'egoistischen' Nationalismus zu bezeichnen.

Die von bürgerlichen Intellektuellen, aus den Reihen der Phantasten und Pazifisten, aufgegriffene Idee einer 'Weltregierung' wird nicht nur als ein Druckmittel zum Zwecke der ideellen Entwaffnung der Völker ausgenutzt, die ihre Unabhängigkeit vor den Anschlägen des amerikanischen Imperialismus verteidigen, sondern auch als eine Parole, die besonderes der Sowjetunion entgegengestellt wird, die unermüdlich und konsequent die Grundsätze der tatsächlichen Gleichberechtigung und des Schutzes der souveränen Rechte aller großen und kleinen Völker vertritt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen entwickeln sich die imperialistischen Länder, wie die USA, England und die ihnen nahestehenden Staaten zu gefährlichen Feinden der nationalen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, während die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie zu zuverlässigen Stützen und Beschützern der Gleichberechtigung und des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden.

Den kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und der anderen Länder fällt eine besondere Aufgabe zu. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Souveränität ihrer Länder hochhalten.“

Das Argument, die Weltregierungs-bewegung bezwecke nur die Ausdehnung der amerikanischen Macht über die ganze Welt, ist zum Teil auch von Anhängern des europäischen Föderalismus aufgegriffen worden, welche Europa zur Dritten Macht machen möchten, die jede Vormacht, sowohl des Ostens wie des Westens, verhindern könne. In Wirklichkeit wären in einem von allen Völkern der Welt gewählten Weltparlament, bei gleichmäßigem Wahlrecht, die Abgeordneten aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber den Abgeordneten aus den anderen Ländern in der Minderheit. Gesandter Carlos P. Romulo, der ständige Delegierte der Philippinischen Republik bei den Vereinten Nationen, hat in einer Rede vor dem Sicherheitsausschuss der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, wie widersinnig es sei, dass bei der UNO einerseits in der Vollversammlung Luxemburg mit 300.000 Einwohnern genau so viel Stimmrecht habe wie die USA mit ihren 140 Millionen, andererseits aber alle so genannten kleinen Länder in der Welt mit zusammen mehr als 1,4 Milliarden Einwohnern infolge des Vetorechts der fünf Großmächte im Sicherheitsrat und seiner Stellung in der Charta alle wichtigen Entscheidungen den fünf Großmächten allein mit ihren weniger als 850 Millionen Einwohnern überlassen müssen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen haben Amerika ebenso wie Russland viel mehr Möglichkeiten, ihre Macht zur Geltung zu bringen, sei es durch die Stellung in den Vereinten Nationen, sei es unmittelbar durch ihre militärischen Mittel, als unter einer Weltregierung, die von einem Weltparlament abhängig ist, das gleichmäßig von allen Völkern gewählt ist. Das einzige Mittel gegen den Imperialismus aus dem Osten oder Westen ist also gerade ein Weltregierung. Mithin ist das Gegenteil dessen richtig, was von Seiten Moskaus immer wieder gegen die Pläne einer Weltregierung angeführt wird.

Andererseits halte ich es durchaus nicht für ausgeschlossen, dass die russische Politik, wenn sie durch erste praktische Ergebnisse überzeugt wird, dass es sich bei der Tätigkeit der Weltföderalisten um ernstzunehmende politische Bestrebungen handelt, eines Tages eine völlige Kehrtwendung vollzieht. Bereits in meinem Artikel über „Weltwirtschaft und Weltregierung“ (Recht und Wirtschaft Nr. 7/8 1948) habe ich auf die Möglichkeiten hingewiesen, die sich der kommunistischen Propaganda und Politik in einem Weltstaat und bei den Wahlen zu einem Weltparlament bieten. Solange Kapitalismus und Sozialismus durch Staatsgrenzen getrennt sind, lässt sich die Weltrevolution nur durch Gewalt verwirklichen, bei dem die größten Industriestaaten der Welt ihre militärischen Mittel der Sowjetunion entgegenstellen würden. Wenn aber die kommunistischen Regierungen sich der Weltregierung anschließen, können sie hierfür Bedingungen stellen, dass in allen westlichen Ländern kommunistische Parteien zugelassen werden und dass durch Verfassungsbestimmungen des Weltstaates die Diskriminierung der Kommunisten verboten wird. Es bleibt abzuwarten, ob und wann diese Möglichkeiten die

Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Stellungnahme gegenüber dem Weltföderalismus bewegen werden, besonders aber auch, wie sich die Führer des neuen kommunistischen Chinas zu dieser Frage stellen werden.

Eine Schwierigkeit für die Gewinnung des russischen Volkes und der anderen Völker der Sowjetunion für eine föderalistische Weltregierung besteht darin, dass in der Sowjetunion jede private Propaganda unmöglich ist, die sich zu der Parteilinie in Gegensatz stellt. Solange also die Parteilinie der Weltregierungs-idee ablehnend gegenüber steht, ist auch eine private Werbung für diesen Gedanken nicht möglich, während in anderen Ländern, deren Regierung an sich die Bestrebungen ablehnt, doch immerhin die private Betätigung in dieser Richtung und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung möglich bleibt.

Eine ernsthafte Schwierigkeit liegt auch darin, dass die westlichen Anhänger der Weltregierung großen Wert auf eine Formulierung der Menschenrechte in der Weltverfassung und auf das Recht der Weltregierung zu ihrer Kontrolle legen. Die Ansichten über Gerichtsverfassung, Unabhängigkeit der Richter, Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Behandlung von Gefangenen gehen zwischen den Regierungen des Ostens und des Westens noch sehr weit auseinander. Wahrscheinlich würde man auf eine ausdrückliche Formulierung der Menschenrechte und ihrer Kontrolle durch die Weltregierung verzichten müssen, wenn man die Sowjetunion zum Beitritt zu einem Weltbundesstaat bewegen will. Jedenfalls müsste diese Frage von Seiten der Weltföderalisten auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Ländern noch gründlich untersucht werden.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass in der Verfassung der Sowjetunion, im Gegensatz zu dem Verfassungsentwurf für den Weltbundesstaat, jedem Bürger das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erholung, das Recht auf materielle Versorgung im Alter sowie im Fall von Krankheit und Invalidität, sowie das Recht auf Bildung garantiert wird. Der Anschluss an einen Weltbundesstaat, der dieses Recht nicht durch Verfassungsbestimmungen garantiert, muss dem überzeugten Bürger der Sowjetunion als eine große Gefahr für den Fortbestand dieser fortschrittlichen Rechte in seinem Land erscheinen.

Nach einer Buchbesprechung im Düsseldorfer Handelsblatt vom 29. April 1949 hat der britische Historiker **Arnold J. Toynbee** in seinem Buch „Civilisation on Trial“ (Zivilisation auf dem Prüfstand) ähnliche Gedanken geäußert. Seiner Anschauung nach können wir uns durch drei Gruppen von Maßnahmen davor retten, ebenso wie die 18 voran gegangenen Abarten der modernen menschlichen Gesellschaft durch Krieg und Klassenkampf zugrunde zu gehen: Schaffung einer verfassungsmäßigen Weltregierung, eines arbeitsfähigen Kompromisses zwischen freier Marktwirtschaft und Sozialismus und einer religiösen Grundlage für die gesamte Zivilisation. Der zentrale wirtschaftspolitische Satz von Toynbee lautet: „Was die Welt vor allem benötigt, ist, den Konflikt zwischen freiem Unternehmertum und Sozialismus von seinem ideologischen Sockel zu stürzen und ihn nicht als Angelegenheit halbreligiösen Glaubens und des Fanatismus zu behandeln, sondern als eine praktische Frage des gesunden Menschenverstandes, des Erprobens und Irrrens, der Verhältnisse und der Anpassung.“

Andererseits gibt es im Westen Gegner der Weltregierung, die sie gerade deshalb ablehnen, weil sie die Möglichkeit für den Kommunismus erkennen, wenn kommunistische und nichtkommunistische Staaten unter einer Weltregierung vereint werden. In dem Artikel „Der gefährliche Russel“ (Entgegnung auf den unglücklichen Artikel von Lord **Bertrand Russel** im „Monat“ Nr. 1, Oktober 1948) schreiben die RSF-Mitteilungen Nr. XVIII 1948, eine Weltregierung sei zwar weder utopisch noch undurchführbar, könnte aber stets nur eine Diktatur nach sowjetischem Muster sein. Sie würde über alle Mordmaschinen und Atombomben verfügen und dadurch die alleinige Macht auf dieser Erde verkörpern. Sie würde eine riesige Polizeiarmee sowie eine allumfassende Gestapo unterhalten und bestimmt größtenwahnsinnig werden, besonders, wenn sie nach dem Vorschlag Lord Russels auf dem Weg der Gewalt errichtet würde. Der Artikelschreiber befürchtet, dass eine Weltregierung kapitalistischer Prägung zur Erhaltung des

arbeitslosen Einkommens aus dem Zins immer wieder zu Massenvernichtungen von lebensnotwendigen Gütern schreiten würde, bis die kommunistische Weltpartei ganz legal über das Weltparlament die Macht ergreift. Dann werde die allmächtige Diktatur jede freiheitliche Regung unterdrücken, ja, es werde ein freiheitlicher Mensch noch nicht einmal emigrieren können. Eine solche Entwicklung sei abzulehnen. Die Völker könnten sich selbst regieren und brauchten die „Welt-Zuchthausstaat-Regierung“ in Washington oder Moskau nicht.

Hierzu ist zu sagen, dass ja nicht ein Welteinheitsstaat, sondern ein Weltbundesstaat geplant ist. Es soll nicht alle Macht bei der Bundesregierung liegen, sondern die Völker sollten sich weiter selbst regieren und nur so viele Befugnisse an die Bundesregierung abgeben, dass diese Kriege verhüten kann. Das Weltparlament und die Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten sind in der Lage, durch ihre Gesetzgebung die Vernichtung lebensnotwendiger Güter und jede andere unsittliche Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung unter Strafe zu stellen. Der Verfassungsentwurf von Chicago sieht auch einen Katalog der bürgerlichen Freiheitsrechte und ihren Schutz durch wichtige Instrumente vor, beispielsweise durch den oben erwähnten Volkstribun. Im übrigen besteht die Gefahr, dass es zu einer Weltdiktatur kommt, auch ohne die freiwillige Gründung eines demokratischen Weltbundesstaates, nämlich durch militärische Eroberung, von wem auch immer. Sich nicht zusammenschließen ist also auch keine Heilmittel dagegen.

Andere Gegner des Gedankens der Weltregierung befürchten im Falle der Opposition einer Großmacht, etwa der USA oder Russlands, gegen eine Entscheidung der Weltregierung des Ausbruch eines Krieges, eines Welt-Bürgerkrieges. Diese Gefahr lässt sich natürlich nicht völlig leugnen, aber ohne Weltregierung ist die Gefahr des Ausbruches von Kriegen sicherlich größer, denn viele Kriege, die wir miterlebt haben, hätten von einer Weltregierung leicht durch Verhaftung der Rädelsführer im Keim erstickt werden können, z.B. der Krieg in Palästina und der Krieg in Indonesien. Kleine Mächte würden einen Krieg gegen die Verfassung eines Weltbundesstaates wohl nicht riskieren. Dagegen riskieren sie es ungestraft, den Entscheidungen der Vereinten Nationen zu trotzen. Auch eine Mitglied der Regierung der USA oder der Sowjetunion wäre der Verfassung und den Gesetzen der Weltregierung unterworfen. Wenn das Gericht des Weltbundesstaates es wegen eines Verstoßes gegen das Weltrecht verurteilt und einen Haftbefehl erlassen hätte, wäre jeder Polizist seines eigenen Landes berechtigt, es zu verhaften. Kein Staatsangehöriger seines Landes könnte rechtlich gezwungen werden, ihm zu gehorchen. Das Weltrecht, auch das Weltstrafrecht, würde sich nicht gegen den Staat richten – wie bei den Entscheidungen des Völkerbundes und der UNO – , sondern unmittelbar gegen die einzelne Person, auch gegen das einzelne Regierungsmitglied.

Gegen die Gefahr von Putschen, Staatsstreichern und Bürgerkriegen hilft letzten Endes nur der übereinstimmende Wille aller Bewohner der Erde, die politische und rechtliche Einheit der Welt zu bewahren, wenn es erst gelungen ist, sie zu schaffen. Zweckmäßige rechtliche Institutionen erleichtern erheblich die Durchführung dieses Willens. Sie sind bis zu einem gewissen Grad die Voraussetzung jedes dauernden Friedenszustandes. In einem Weltbundesstaat würde weder die Ächtung bzw. Diskriminierung des zu Krieg schreitenden Staates, noch die Abschaffung des Krieges als Institution des Völkerrechts (das dann durch ein Weltrecht ersetzt wäre), noch der Verzicht der einzelnen Staaten auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik genügen, sondern es müssten die für den Ausbruch des Krieges verantwortlichen Personen strafrechtlich verfolgt werden. Im Nürnberger Prozess gegen Mitglieder der früheren deutschen Regierung bemühten sich die Hauptankläger und auch der Gerichtshof in den Urteilsbegründungen um den Nachweis, dass der Krieg bereits vorher zu einem „internationalen Verbrechen“ erklärt worden sei. Um Kriegsverbrecherprozesse auf eine gesunde internationale Rechtsbasis zu stellen, beschloss der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO auf der Sitzung am 26. August 1948, der Generalversammlung einen entsprechenden Entwurf für eine internationale Konvention zu unterbreiten.

Wenn Gegner der Weltregierung im Westen am liebsten jeden Kontakt mit der anderen Weltanschauung vermeiden und die bestehenden Barrieren und „Eisernen Vorhänge“ pflegen

möchten, um der gegnerischen Propaganda nur ja keine Wirkungsmöglichkeiten zu geben, so arbeiten sie damit selbst auf eine schließlich blutige Auseinandersetzung hin, ohne es zu wollen. Die Kontakte lassen sich nun einmal in dieser einen Welt nicht ganz verhindern, zumal beide Weltanschauungen ein starkes Bedürfnis nach Expansion zeigen. Ein Zusammenschluss kann also auf die Dauer nur vermieden werden, wenn alle Möglichkeiten für soziale Prozesse des Zueinander genutzt werden, die überhaupt vorhanden sind. Nur dadurch, dass der Ausbruch eines offenen Konflikts so lange wie möglich hinausgeschoben wird und eine Politik des Ausgleichs und der Annäherung von beiden Seiten zunächst auf gänzlich unpolitischem, danach auf sozialem und schließlich auf politischem Gebiet verfolgt wird, kann zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt ein Zusammenwachsen beider Hälften der Welt erhofft werden.

Aus diesem Grunde nehmen die Weltföderalisten auch nicht an, dass eine Weltregierung mit Einschluss Russlands sich von heute auf morgen realisieren ließe, aber sie wünschen die Aufnahme der Sowjetunion in dem Augenblick, in dem sie selbst diese Aufnahme begehrt. Von den Vereinigten Staaten erhoffen sie, wie es Konsul Stocky im Mitteilungsblatt der Liga für Weltregierung ausführlich dargelegt hat, dass sie sich freiwillig der Weltregierung unterstellen und ihre Gesetze loyal durchführen.

Auch wenn man nicht an die Möglichkeit glaubt, einen dritten Weltkrieg zwischen Ost und West durch vorherige Errichtung einer Weltregierung verhüten zu können, kann man doch danach streben, ihre Verwirklichung vorwärts zu treiben, um wenigstens einen vierten Weltkrieg zu verhüten, für den Fall, dass der dritte noch etwas übrig lässt. Der Gegensatz zwischen Ost und West ist ja durchaus nicht der einzige, der einmal zu einem Weltbrand führen könnte. Auf dem „Tag der Weltstaat-Liga“ in Freiburg am 17. Oktober 1948 erklärten beispielsweise ein indischer und ein chinesischer Vertreter, dass ihre Länder dem europäischen Nationalismus einer Europäischen Union den Nationalismus einer Asiatischen Union entgegenstellen würden und dass eine solche verhängnisvolle Entwicklung nur durch die Errichtung einer Weltregierung verhindert werden könne. Diese Andeutung müsste genügen, um die Nützlichkeit weltweiter Föderationen als Vorstufen eines Weltbundesstaates klar zu machen. Darum erstreben die Weltföderalisten zunächst den Zusammenschluss der Länder, die selbst bereit sind, sich an einer solchen Sache zu beteiligen.

Gewaltlose Einigung

Lord **Bertrand Russel** hat in einem Aufsatz in der von der amerikanischen Militärregierung in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitschrift „Der Monat“ die Ansicht ausgesprochen, dass eine Weltregierung auf dem Wege der Gewalt erzwungen werden müsse. Er ist der Meinung, dass die Zivilisation wahrscheinlich noch einen großen Krieg überstehen könnte, aber nur, wenn er bald kommt, ehe Russland einen erheblichen Atombombenvorrat besitzt. Denn wenn Russland erst einmal so weit sei, werde ein Atomkrieg ausbrechen und in ihm werde mindestens Westeuropa und England ausgelöscht werden. Eine Konzentration aller militärischen Macht unter einer einzigen Autorität, die zur Verhütung der großen Kriege nötig sei, könne infolge des sowjetrussischen Widerstandes nicht auf dem Verhandlungswege erreicht werden. „In einem gewissen Stadium, d.h. wenn das Bündnis“ (der Staaten, die eine Weltregierung wollen) „stark genug geworden ist, sollte jede Großmacht, die sich noch weigert beizutreten, mit der Strafe der Ächtung bedroht und, falls sie dann noch widerstrebt, als öffentlicher Feind betrachtet werden.“

Früher nannte man so etwas „Aufforderung zum Präventivkrieg“, heute hat man sich an eine schönere Sprache gewöhnt und nennt es „Verhütung zukünftiger große Kriege“. Aber es gehört schon eine tiefe philosophische Bildung dazu, über die erfreulicherweise nur wenige verfügen, um sich einzureden, das eine fürchterlicher Weltkrieg notwendig sei, um Kriege zu verhüten.

Schon die Römer sagten: „Si vis pacem, para bellum“ (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor), wir aber sagen „Si vis pacem, para pacem“. Der Gedanke der gewaltsamen Errichtung

eines Weltstaates oder Weltreiches ist nicht gerade neu, die bekanntesten Namen der Weltgeschichte sind mit ihm verknüpft. Die größten Eroberer aller Zeiten haben davon geträumt, mit Gewalt ein Weltreich zu errichten. Dieser Gedanke ist also keineswegs etwa das geistige Eigentum von Lord Russel. Die Imperialisten des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ergänzten dann die Gewalt der Waffen durch die Macht des Geldes und erfanden als ersten Schritt der Eroberung fremden Gebietes „die wirtschaftliche Durchdringung“. Wenn die Weltbewegung für föderative Weltregierung weiter nichts wäre als die Fortsetzung dieser Bestrebungen in neuartiger Tarnung, dann wäre sie besser nicht entstanden. Sinn hat die Arbeit dieser Bewegung nur, wenn sie zur gewaltlosen Einigung souveräner Staaten unter einer gemeinsamen Bundesregierung führt.

Das Hauptargument der kommunistischen Gegner eines Weltbundesstaates ist die Behauptung, die Weltregierungsbewegung sei nur eine Verkleidung der imperialistischen Ziele der USA. Darum ist der Artikel von Lord Russel Wasser auf die Mühlen jener Gegner des Weltbundesstaates, muss also bei den deutschen Weltföderalisten notwendigerweise auf Widerspruch stoßen.

Dass große geschichtliche Veränderungen auf gewaltlosem Wege durch den geballten einheitlichen Willen großer Volksmassen unter einer ethische hochstehenden Führung erreicht werden können, hat Mahatma Gandhi der Welt bewiesen. Die gewaltige Militärmacht England, die sich, abgesehen von unzähligen anderen siegreich geführten Kriegen, zweimal der konzentrierten militärischen Kraft Deutschlands überlegen zeigte, hat vor der gewaltlosen Volksbewegung Gandhis kapituliert und Indien seine Freiheit wiedergegeben. Das sollte jedem denkenden Menschen ein Beweis dafür sein, dass man mit Gewalt nicht immer mehr erreicht, als auf gesetzlichem Wege, vorausgesetzt, dass man über einen festen Willen und Ausdauer verfügt.

Napoleon und Hitler haben versucht, Europa mit Gewalt zu einer Einheit zu machen, beide sind gescheitert. Wenn die Einheit Europas oder der Welt – einmal erreicht – von Dauer sein soll, darf sie nicht gewaltsam erkämpft werden, sondern muss aus der freiwilligen Zustimmung aller erstehen. Auch wenn dieser Weg mühsamer ist und mehr geistige Energie von denen erfordert, welche die Völker diesen Weg führen wollen, ist er der kürzere Weg zu dauerndem Frieden, denn auf dem Wege der Gewalt wären erhebliche Rückschläge unvermeidlich. Die Geschichte führt Völker und Staatsmänner vor immer neue Lagen, die sie um so eher meistern können, je sauberer die Grundlage ihrer Stellung ist. Wir wünschen eine Weltregierung, um zukünftige Kriege zu verhüten. Es wäre blühender Unsinn, nun einen Krieg zu empfehlen, um zu einer Weltregierung zu kommen.

Weltföderalisten und UNO

Wenn ein sofortiger Zusammenschluss der ganzen Welt nicht möglich ist, so ist es zweifellos wünschenswert, dass die regionalen Föderationen, die sich als Vorstufen des Weltbundesstaates bilden sollen, Mitglieder der UNO bleiben und dass auch die anderen Länder dieser Organisation als der zur Zeit einzigen alle verbindenden Brücke treu bleiben. Falls durch den regionalen Zusammenschluss rechtliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Mitgliedschaft des neuen Bundesstaates in der UNO entstehen sollten, müssten seine einzelnen Mitgliedsstaaten das Recht erhalten, selbst Mitglied der UNO zu werden, ähnlich wie ja auch die Ukraine usw. einzeln Mitglieder der UNO sind.

Der Australier **Herbert Vere Evatt**, Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen, hat zu Garry Davis geäußert: „Wer sich in diesem Augenblick auf das Fernziel einer Weltregierung versteift, ohne die edlen und praktisch erreichbaren Ziele der Vereinten Nationen zu unterstützen, läuft Gefahr, sein Ziel zu gefährden.“ (Vgl. E.W.Meyer, „Weltregierung“ in „Die Wandlung“ Jg. IV, Heft III, S. 209 ff). Die Tatsache, dass die Gegensätze in der Welt heute noch so groß sind, dass sie nur immer wieder von neuem behelfsmäßig durch Kompromisse verschiedenster Art überbrückt werden können, muss zu einer aktiven Unterstützung der UNO als der dafür geeigneten Organisation führen. Das hat aber nichts mit Gegnerschaft gegen die Idee der Weltregierung zu

tun, sondern beides lässt sich vereinigen, und die Kompromisse in der UNO sind notwendige Schritte zur späteren Einheit der Menschheit. Alle regionalen Zusammenschlüsse zu Bundesstaaten sollten sich im Rahmen der Satzung der UNO vollziehen und vermeiden sie zu sprengen.

Die Möglichkeiten, die durch die Organisation der Vereinten Nationen gegeben sind, sind noch lange nicht erschöpft. Es gibt noch viele Länder, die ihr nicht angehören, vor allem unter den ehemaligen Kriegsgegnern ihrer Begründer. In vielen Staaten gibt es Gesellschaften zur ideellen Unterstützung der Arbeit der Vereinten Nationen. Sie sind in einer Dachorganisation in Genf zusammengefasst und haben beispielsweise in London annähernd 100.000 Mitglieder. Auch in Deutschland hat sich bereits eine „Gesellschaft der Freunde der UN“ (Gefrun) gebildet. In einem Aufruf zur Vorbereitung der Gründung der „Gefrun“ in der „Weltkugel“ (Heft VIII 1948) wies Heinz Gremmler darauf hin, dass eine Organisation wie die Vereinten Nationen zur Entfaltung ihrer vollen Wirksamkeit einerseits einer längeren Anlaufzeit bedarf und dass andererseits auch eine Organisation erforderlich ist, die unter den Völkern der Welt für die Ziele und Einrichtungen der UN wirbt, aber auch der UNO die Ansichten und Wünsche der großen Massen vermittelt. Es beständen auch in vielen Staaten des Ostens schon derartige Organisationen zur Verbreiterung der Basis der UN, so in Bulgarien, der Tschechoslowakei usw. und im Herbst 1947 habe in der Tschechoslowakei ein Treffen von 22 solcher Vereinigungen stattgefunden.

Die „Gefrun“ strebt durch, mit und über die UN als einer bereits real bestehenden, Ost und West vereinigenden Organisation zur Völkerbefriedung, Welteinheit und Weltregierung an. Sie weist darauf hin, dass bereits 13 Organisationen als Unterabteilungen der UN bestehen, die auf ihren meist unpolitischen und von der Öffentlichkeit weniger beachteten Gebieten nützliche internationale Arbeit geleistet und wesentliche Erfolge erzielt haben, z.B. die UNESCO, die internationale Handelsorganisation, die internationale Arbeitsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation, der Weltpostverein, die internationale Nachrichten-Übermittlungs-Union u.s.w. Die UN hätten in der Beziehung bereits Bedeutendes erreicht. Vor allem aber seien die UN die einzige Stelle, an der ein regelmäßiger Kontakt und dauernde Diskussion zwischen den westlichen Mächten und Russland stattfinden und wo zwei Welten lernen können, in Frieden zusammen zu leben. Jede Nation bemühe sich, in einer moralischen Streitfrage auf der Seite des Rechts zu stehen, und es habe sich gezeigt, dass keine einzige Abordnung verächtlich auf die moralischen Urteile herabblickt, die bei der UN gefällt werden.

Die „Gefrun“ hat am 3. Februar 1949 die Lizenz als politische Organisation für Groß-Berlin von der alliierten Kommandantur erhalten. Praktisch gilt diese Lizenz vorläufig nur für die drei Westsektoren. Jedoch bemüht sich der Vorstand auch um die Lizenzierung im russischen Sektor, weil sonst der Sinn der Arbeit verfehlt würde, da die „Gefrun“ weder westlich noch östlich orientiert ist. In einem Rundschreiben der von Ende März 1949 heißt es ausdrücklich, dass die „Gefrun“ auch für die Schaffung einer föderativen Weltregierung eintreten wird.

Auch E.W.Meyer tritt in seinem erwähnten Artikel in der „Wandlung“ dafür ein, den Respekt vor der UNO nicht durch eine zügellose Propagierung der Weltregierung vollends zu untergraben. Man solle den heutigen Bau dieser Weltorganisation verbessern, aber das bereits Geschaffene nicht vorzeitig zerstören. Trotzdem sei es an sich verdienstvoll, sich für den Gedanken einer Weltregierung einzusetzen, aber eben nicht in zügelloser Form.

Garry Davis und die Weltbürger

Der frühere Pilot eines amerikanischen Bombers, Garry Davis, hat sein amerikanisches Staatsbürgerrecht aufgegeben und sich an die Vereinten Nationen gewandt, um als „Weltbürger Nr. 1“ nur ihnen untergeordnet zu sein. Am 19. November 1948 unterbrach Garry Davis die UN-Vollversammlung und versuchte eine Rede zu halten. Er wurde verhaftet und hinausgeführt. Kurz darauf stand am anderen Ende der Galerie ein Student aus Togo und versuchte die Fortsetzung

der Rede zu verlesen, aber er wurde ebenfalls von der Polizei abgeführt. Ebenso erging es dem nächsten, einem Russen. Nun stand der als Widerstandskämpfer gekannte Oberst Robert Soulage, genannt Sarrazac – ein Mitglied des Rates der „Weltbewegung für föderative Weltregierung“ – auf und setzte die Verlesung der Rede fort. Es war kein Polizist mehr da, der ihn hätte hindern können. Die Rede lautete:

„Im Namen der Völker, die hier nicht vertreten sind, unterbreche ich sie. Meine Worte werden für sie zweifellos ohne Bedeutung sein. Und doch kann unser gemeinschaftliches Bedürfnis nach einer Weltordnung nicht länger vernachlässigt werden. Wir, die Völker, wir wollen den Frieden, den allein eine Weltregierung zu geben vermag. Die souveränen Staaten, die sie hier vertreten, entzweien uns, die Völker dieser Welt, und führen uns in den Abgrund des Krieges. Ich appelliere an sie, damit aufzuhören, und weiter in der Illusion ihrer politischen Autorität zu halten. Ich appelliere an sie, unverzüglich eine verfassungsgebende Weltversammlung einzuberufen, die eine Standarte aufrichten soll, unter der sich alle Menschen vereinigen können, die Standarte der Souveränität einer einzigen Regierung für diese eine Welt. Wenn sie dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, treten sie ab! Die Versammlung der Völker der Welt wird sich dann erheben, um diese Regierung zu errichten. Denn nichts weniger als das kann uns helfen.“

Garry Davis fand die Unterstützung einer Reihe bekannter Persönlichkeiten, wie z.B. **Albert Camus, Richard Wright**, Prof. Girard und **Claude Bourdet**. Seine spontane Aktion erregte mächtig die Phantasie der Massen und er wurde zum Mittelpunkt einer Reihe von Zeitungsartikeln, Radiosendungen, Filmen und öffentlichen Versammlungen, deren größte einen Saal in Paris füllte, der 20.000 Menschen fasst. Er begann mit der Registrierung von Weltbürgern und fand in vielen Ländern Helfer. Diese Registrierung bedeutet eine Einverständniserklärung mit den Zielen der Weltbewegung für föderative Weltregierung.

Die Ansichten über die Handlungsweise von Garry Davis waren anfangs auch unter den Weltföderalisten sehr geteilt. Viele der besonnenen und älteren Anhänger der Bewegung missbilligten die sensationelle Art seines Auftretens und stimmten dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen bei seinem Tadel zu. Aber der publizistische Erfolg von Davis und seinen Anhängern überwand schließlich alle diese Bedenken, denn keinem anderen Anhänger des Weltregierungsgedankens war es vor ihm gelungen, so sehr in aller Munde zu sein und auch das Interesse der Presse, des Rundfunks und der Öffentlichkeit zu erregen. Nachdem dann auch Davis selbst seine Anhänger vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt und erklärt hatte, dass er lediglich für die Weltbewegung für föderative Weltregierung und den geplanten „Völkerkonvent 1950“ werben wolle, überzeugten sich auch die Bedenklicheren unter den Vorkämpfern des Weltregierungsgedankens, dass das Registrieren von Weltbürgern keine unseriöse Handlungsweise sei und stellten sich ebenfalls hinter Davis.

Welternährung und Weltregierung

Man hat gegen den Plan zur Errichtung eines Weltbundesstaates geltend gemacht, die Menschheit werde zu schnell wachsen, wenn es keine Kriege mehr gebe, Hunger und Elend wieder die Folge sein, weil der Nahrungsspielraum zu eng werden würde. Wenn durch Errichtung der Weltregierung – der Himmel bewahre uns davor – der ewige Frieden zwischen den Völkern ausbricht, dann wird es allen Menschen zunächst gut gehen und sie werden sich sicher fühlen. Wenn es den Menschen aber gut geht und sie das Gefühl der Sicherheit haben, dann haben sie auch viele Kinder. Haben die Menschen aber viele Kinder, wird die Bevölkerung der Erde wachsen. Und schon Malthus hat erkannt, dass die Bevölkerung die Tendenz hat, schneller zu wachsen, als der Nahrungsspielraum. Gewiss können noch mehr Lebensmittel erzeugt werden als heute, aber der kulturfähige Boden auf der Erde ist begrenzt und steht unter dem „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages“, nach dem zusätzliche Aufwendungen an Kapital und Arbeit, bei gleichbleibender Fläche, von einem gewissen Punkt an ein immer geringeres Mehrprodukt erbringen. Die besorgten Gegner des Weltfriedens empfehlen als einzig wirksame Auswege entweder Krieg oder die

Beschränkung von Geburten.

Die Problematik der Welternährung wird von den Weltföderalisten durchaus erkannt. Präsident der Weltbewegung für föderative Weltregierung ist Sir **John Boyd Orr**, der vorher Leiter der Welternährungsorganisation der UNO war. In der Zeit der Knappheit aller Lebensmittel nach dem letzten Krieg hat diese Organisation Pläne zur Verteilung der vorhandenen Erzeugnisse und Vorräte beschlossen, die aber von den meisten ihr angehörenden Staaten nicht ausgeführt wurden. Schließen sich souveräne Staaten zu einer Welternährungsorganisation zusammen, so werden deren Beschlüsse in jedem einzelnen Staat erst wirksam, wenn die jeweilige Staatsregierung ihre Durchführung anordnet. Tut sie es nicht, kann sie auch nicht zur Verantwortung gezogen werden. Gerade aus dem Versagen der Welternährungsorganisation hat Sir John Boyd Orr den Schluss gezogen, dass wir einen Weltbundesstaat brauchen, der in der Lage ist, Gesetze zu erlassen, die jeden einzelnen Weltbürger unmittelbar binden, und Gerichte, welche die Durchführung der Gesetze erzwingen.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat übrigens gezeigt, dass die Nahrungsmittel auf der Erde nur während und kurz nach den großen Kriegen knapp werden. Die Landarbeiter werden Soldaten, die Landmaschinenfabriken bauen Maschinengewehre, die Dörfer werden zerstört, die Transportmittel zur Verteilung der Lebensmittel im Meer versenkt, zerschossen oder für militärische Zwecke requiriert, der internationale Austausch durch Frontlinien und Zerrüttung der Währungen unmöglich gemacht. Wenige Friedensjahre aber genügen, um die Erzeugung wieder erheblich zu steigern, die Verteilung neu zu organisieren und ausreichende Ernährung für alle sicher zu stellen. Ja, wenige Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen kann es schon wieder zu einer „Agrarkrise“ kommen, die doch nur besagt, dass das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Verbesserung der Anbaumethoden in den zurückgebliebenen Ländern schneller gestiegen ist, als die zahlungsfähige Nachfrage.

Aber selbst für den Fall einer ernstlichen Verknappung der Nahrungsmittel liegen schon riesige, ausgearbeitete Projekte vor, deren Durchführung eine sprunghafte Vergrößerung der Weltagrarproduktion herbeiführen würde. Erwähnt seien nur das „Atlantropa-Projekt“ von Dipl. Ing. **Herman Sörgel** und der „Lanninger-Plan“. Herman Sörgel will das Mittelmeer durch große Staudämme bei Gibraltar und am Bosphorus von seinen Zuflüssen absperren. Da im Mittelmeer mehr Wasser verdunstet als die dann noch verbleibenden Zuflüsse heranbringen können, würde sein Wasserspiegel sinken und große Flächen landwirtschaftlich wertvollen Bodens, im besten Klima, aus den Fluten auftauchen. An den großen Strömen Afrikas will Sörgel umgekehrt durch Staudämme riesige Binnenmeere anstauen, z.B. im tiefliegenden Kongobecken und dadurch das trockene Klima des „schwarzen Erdteils“ verbessern. Ungeheure Trockengebiete würden zu Kulturboden werden, wenn aus den künstlichen Binnenmeeren Wolken aufsteigen und dem benachbarten Land Regen bringen.

Der „Lanninger-Plan“ andererseits, der von dem Wasserbau-Ingenieur **Karl Ludwig Lanninger** stammt, sieht die künstliche Beregnung von 1/10 der Kulturläche jedes Landes vor. Die Technik der künstlichen Beregnung ist so weit entwickelt worden, dass sie jeder anderen Bewässerungstechnik weit überlegen ist. Das Wasser wird entweder in unterirdisch verlegten, festen Rohrleitungen oder in beweglichen Leichtmetallrohren mit Schnellkupplungen oder in kombinierten Systemen herangeführt. Die beweglichen Leitungen können nach einigen Stunden intensiver Beregnung bequem weitergetragen und an den nächsten Hydranten angeschlossen werden. Es gibt Weitstrahlregner, die bis zu 4 ha gleichzeitig bestreichen können. Durch Regengaben in den entscheidenden Wachstumszeiten werden die Erträge auch in Normaljahren gesteigert. In Trockenjahren aber beeinflusst der Mehrertrag wesentlich die gesamte Ernährungslage. Durch die Sicherung des besten Bodens vor Trockenheit, die häufigste Ursache von Missernten, wird im Durchschnitt der Jahre erheblich mehr erzeugt. Durch Verteilung der Sicherungsflächen über alle Länder werden große Lebensmitteltransporte von Land zu Land vermieden, die bisher bei örtlichen Dürrekatastrophen große Aufwendungen für Transportkosten erforderten. Die Finanzierung solcher Anlagen würde für die ganze Erde nur wenige Milliarden

Mark erfordern, also nur einen Bruchteil der Summe, die jedes Jahr für die Vorbereitung des organisierten Massenmordens aufgewendet wird.

Solche Pläne der künstlichen Beeinflussung des Klimas und Kultivierung von Trockengebieten sind heute keine Phantasie mehr. Wir erleben gerade jetzt in Amerika und Russland die praktische Durchführung solcher Pläne durch die Regierungen, nämlich im **Tennessee-Valley** und in der Anlage von Waldstreifen von tausend Kilometer Länge im Süden Russlands. In Nordamerika ist das Tennessee-Tal aufgrund eines Bundesgesetzes von 1933 durch eine rechtlich selbständige, öffentliche Körperschaft einheitlich erschlossen worden. Aus einem armen Land in der Größe von 4/5 der Fläche Englands, das früher durch zahlreiche Überschwemmungen noch wertloser wurde, ist in wenigen Jahren ein reiches Industriegebiet geworden. Die „Tennessee-Valley Authority“ sorgt für die Verbesserung der Schifffahrt auf dem Strom, der fast die Länge des Rheins hat, übt die Überschwemmungskontrolle aus, lässt die schlechten Böden aufforsten und veranlasst die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Gebietes. Die Durchführung so gewaltiger Aufgaben war nur möglich durch die Bewilligung von über 735 Milliarden Dollar durch den amerikanischen Kongress.

Noch größer in seiner Ausdehnung ist das Projekt der Anpflanzung von Waldstreifen in Russland. Sie sollen die Kraft der Steppenwinde brechen, die den Boden austrocknen und die fruchtbaren Ackerböden in Staubform forttragen. Mit der Anpflanzung dieser Waldstreifen konnte bereits begonnen werden, weil die gewaltige Finanzkraft der gesamten Sowjetunion hinter diesen Plänen steht. Um wie viel größer dürften Projekte sein, die sich eine Weltregierung vornimmt. Möglich, dass auch die UNO in der Lage wäre, mit Hilfe der Weltbank solche Aufgaben zu erfüllen. Das Statut der Weltbank sieht die Hergabe von Krediten zur Entwicklung zurückgebliebener Gebiete vor, wenn die Durchführung der betreffenden Pläne im Interesse der Weltwirtschaft liegt. Aber da nach dem heutigen Stand bei solchen gigantischen Plänen noch mehr Regierungen als Kreditnehmer und Bauherren zusammenwirken müssten, würden sich im Laufe der langen Bauzeit manche Schwierigkeiten ergeben. Eine Weltbundesregierung mit entsprechenden finanziellen Hilfsmitteln und dem Recht für die nationale Planung, hätte hier wesentlich leichtere Arbeit.

Sollte da nach langen Jahrzehnten des friedlichen Wachstums der Menschheit schließlich noch einmal der Zeitpunkt eintreten, wo es nicht mehr weiter geht, dann mag man als letztes Hilfsmittel die Möglichkeit der Geburtenbeschränkung ergreifen.

Rassenfragen

Bei einem Vortrag über die Notwendigkeit der Weltregierung wurde mir von einem jungen Zuhörer entgegen gehalten, der Plan zur Errichtung einer Weltregierung setze eine Regelung des Verhältnisses der menschlichen Rassen untereinander voraus. Es sei fraglich, ob überhaupt eine Weltregierung errichtet werden könne, wenn nicht eine einzelne Rasse die Herrschaft über alle anderen Rassen gewinne. Die Bewegung für Weltregierung gehe von der weißen Rasse aus und man wisse noch nicht, wie sich andere Menschen dazu stellen würden.

Betrachtet man den Plan zur Errichtung einer Weltregierung als Frage der praktischen politischen Organisation, dann spielen Rassenverschiedenheiten nur eine untergeordnete Rolle. Es gibt für keine der großen Menschenrassen eine politische Organisation, die alle Menschen dieser Rasse zusammenfasst. Insbesondere gibt es in der praktischen Politik keine Solidarität der weißen Rasse. Gerade die weißen Völker führen die blutigsten Kriege untereinander, und beispielsweise wir Deutsche haben gegenwärtig in der Weltpolitik weniger Rechte als Afrikaner, Inder oder Chinesen. Die praktische Politik hat es nicht mit Rassen zu tun, sondern mit Staaten, deren Bevölkerungen zum Teil rassistisch gemischt, zum Teil auch rassistisch einheitlich sind.

Ein Weltbundesstaat kann auf dem von uns gewünschten gewaltlosen Weg nur erreicht, wenn alle Rassen als gleichwertig und gleichberechtigt angesehen werden. Bei gleichem Start für alle wird

die Führung in der Welt von selbst den leistungsfähigsten Menschen zufallen. Die rechtliche Gleichstellung der Rassen hat nichts zu tun mit der Frage, ob eine Rassenmischung erwünscht oder abzulehnen ist.

Die ideologische Einheit der Menschheit

Eines der scheinbar oder wirklich tiefgründigsten Argumente gegen die baldige Verwirklichung einer Weltregierung wird von denen vorgebracht, die in der Schaffung einer ideologischen Einheit der Menschheit die Voraussetzung dafür sehen wollen. E.W.Meyer gibt in seinem bereits zitierten Aufsatz diesen Kritikern Recht, weil er ohne Herbeiführung einer neuen Gemeinsamkeit ideeller Überzeugungen an wirksame Souveränitätsbeschränkungen nicht glaubt. Man weist darauf hin, dass fast die Hälfte der Menschheit unter kommunistischer „ostdemokratischer“ Herrschaft stehe, die von „westdemokratischer“ wesensverschieden sei. Man müsse solche große Gegensätze in erster Linie durch Ideenausgleich oder ideologische Eroberung ausgleichen. Nur wenn die Menschheit als Ganzes ein gewisses Mindestmaß an gemeinsamen moralischen Maßstäben gewinne, sei so etwas wie eine internationale Gesellschaft oder eine Weltregierung möglich.

Dieses Argument ist aber wohl doch nicht so tiefgründig wie es zunächst den Anschein hat, denn in Wahrheit sind gemeinsame Wertmaßstäbe zwischen Ost und West durchaus vorhanden. Es sei nur auf das Bestreben der Sowjetunion, ihre Politik mit dem geltenden Völkerrecht in Einklang zu halten, und auch wieder auf die gemeinsame Plattform beider Welten in der UNO hingewiesen.

Im übrigen geht gerade diese Argumentation völlig an der wesentlichen Tatsache der Zeitnot, die durch die ungeheure Drohung eines Atomkrieges gegeben ist. Seit 2000 Jahren bemüht sich das Christentum vergeblich, durch Herstellung einer ideellen Einheit der Menschheit und durch die Predigt von der Nächstenliebe den Menschen den Frieden zu bringen. Bisher ist aber nur ein Bruchteil der Menschheit zum Christentum bekehrt worden, und die Staaten, die diesem Teil der Menschheit angehören, sind um nichts friedlicher als die Staaten der so genannten Heiden, Islam, Buddhismus und Hinduismus, um nur die größten der übrigen Kulturreligionen zu nennen, mit größeren Anhängerzahlen als das Christentum.

Unsere abendländische Geschichte zeigt, dass gerade um die verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten der Lehre Christi die blutigsten Kriege geführt worden sind, aber auch um die Auseinandersetzung zwischen dem Christentum und dem Islam (Kreuzzüge) oder zwischen Islam und Hinduismus (gegenwärtige Auseinandersetzungen in Indien). Die verschiedenen Religionen trennen Welten, während Kommunismus und westliche Demokratie nur zwei Seiten derselben Welt sind. Denn die Wiege des Marxismus stand in Deutschland, seine geistigen Väter waren Hegel und Marx. Wenn man schon glaubt, eine Weltregierung setze eine Beseitigung der Gegensätze zwischen westlicher und östlicher politischer und wirtschaftlicher Ideologie voraus, dann müsste man erst recht eine Einigung der Menschheit auf eine einzige der großen Weltreligionen voraussetzen.

In Wirklichkeit sind alle realen Fortschritte in der Friedenssicherung der Menschen bisher durch die Fortbildung der staatlichen Organisationen, vom Familien- und Stammesverband, über das Territorialfürstentum, bis zum Nationalstaat, gemacht worden. Bei dieser staatlichen Ordnung des Zusammenlebens der Menschen hat sich immer wieder das Prinzip der religiösen und weltanschaulichen Toleranz des Staates als überlegen erwiesen. Nicht der weltanschaulich oder religiös einheitlich ausgerichtete Staat, sondern der in jeder Hinsicht tolerante Staat, der über den Parteien, Konfessionen und Religionsgemeinschaften steht und nur der Sicherung des Rechts und des Friedens dient, hat sich als ein beständiger Schutz des Friedens erwiesen. Die Frage des Wirtschaftssystems ist trotz ihrer großen Bedeutung nicht so wesentlich, dass es nicht für Staaten mit verschiedenen Wirtschaftssystemen möglich sein sollte, friedlich nebeneinander in einer gemeinsamen Föderation zu leben.

Aber auch die Überwindung der Gegensätze zwischen den großen Weltreligionen ist von Idealisten bereits in Angriff genommen worden. Dem Ziel der Erreichung der kulturellen Einheit der Menschheit dient die 1930 in New York gegründete „The Caravan of East and West“. In erster Linie und an der Oberfläche ist dies ein weltweiter Briefwechselbund mit mehr als tausend Abteilungen in über 40 Ländern. Dieser Bund wird durch das Ziel der kulturellen Vorbereitung eines wirklichen Weltfriedens zusammen gehalten. Die „Karawane“ nennt ihre Anhänger „Bahai“ und knüpft an einige Männer an, die im Osten eine geistige Bewegung von großer Einfachheit und Klarheit der Grundsätze begann. Auch in Deutschland bestehen Gruppen der „Karawane“. Die Koblenzer Gruppe ist Mitglied des Zentralaussschusses für Weltregierung und kann sich dabei auf einen „Plan für die Republik der Menschheit“ berufen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich wohl sagen: Eine Verhütung von Kriegen ist nur durch Errichtung eines Weltbundesstaates mit einem direkt von den Völkern gewählten, gesetzgebenden Weltparlament und einer diesem verantwortlichen Weltregierung möglich. Das Vorhandensein der Atombombe und anderer neuartiger Waffen zur Massenvernichtung machen die schnelle Errichtung einer Weltregierung zur unbedingten Notwendigkeit. Wegen der Größe des Problems lässt sich ein schrittweises Vorgehen, trotz der damit verbundenen Gefahren, nicht umgehen. Jedoch muss es sich dabei um Bildung wirklicher Bundesstaaten, nicht bloße Militärpakte u.s.w. handeln, auch wenn ihre Wirksamkeit zunächst noch regional begrenzt sein wird. Die Errichtung der Weltregierung soll und kann auf drei wegen angestrebt werden: über den Völkerkonvent 1950, über einen Konvent der Parlamentarier und über die Umwandlung der Statuten der UN. Da aber die Organisation der Vereinten Nationen das einzige bestehende Band zwischen Ost und West ist, sollten die Bestrebungen zu ihrer Umwandlung so gemäßigt bleiben, dass sie dadurch nicht gesprengt wird. Auch die erstrebten regionalen Föderationen sollten ohne Verletzung der Satzung der UNO zustande kommen und die Mitgliedschaft erwerben bzw. behalten.

Die Tätigkeit der UNO, besonders auf unpolitischem Gebiet, sollte in allen Ländern von einer von dem Massen getragenen Bewegung unterstützt und die schon in ihrer jetzigen Organisation liegenden Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Angleichung zwischen den Völkern sollten noch viel mehr ausgenutzt werden. Der Gegensatz zwischen Ost und West ist nicht unüberbrückbar, wenn ein bewaffneter Konflikt so lange wie möglich hinausgeschoben und die Zeit genutzt wird, um über die UNO die bestehenden Gegensätze in Verfassung, sozialer Organisation und Kultur durch Auffinden von Kompromissen immer wieder zu überbrücken und immer mehr auszugleichen. Zu diesem Zweck sollten beide Seiten vor allem die Zahl der von ihren Regierungen geschützten Grundrechte erweitern und einander anpassen.

Die Herstellung der ideologischen Einheit der Menschheit darf nicht zur Voraussetzung ihrer politischen Einigung in einem Weltbundesstaat gemacht werden, weil dies entweder ganz unmöglich ist oder doch eine ungeheuer lange Zeit erfordern würde. Trotzdem sollte alles getan werden, was zur Überwindung der religiösen und halbreliigiös-ideologischen Gegensätze geschehen kann. Die Errichtung der Weltregierung würde selbst eines der wesentlichen Mittel zur Erreichung der geistigen Einheit der Menschheit in einer späteren Zeit sein und erhält damit, über ihre aktuelle politische Bedeutung hinaus, einen tiefen geistigen, ethischen und religiösen Sinn, der von den Anhängern aller großen Religionen und auch von Atheisten anerkannt werden kann, weil alle diese großen geistigen Systeme in dem tiefen Streben nach Einheit des Menschengeschlechts zusammentreffen, wenn auch die als Mittel gedachten Wege dahin noch so unterschiedlich sein mögen.